

Der Deutsche Weg oder der CO₂ Wahn und seine Folgen

Vorbemerkung

Der nachfolgende Artikel beschäftigt sich nur sehr am Rande mit den grundlegenden Fragen der Klimawissenschaften wie der Klimasensitivität, dem Treibhauseffekt oder dem Kohlenstoff-Kreislauf. Hier geht es vor allem um die Frage, was auf uns zukommen wird, wenn unser derzeitiger Energieverbrauch unter den vorgesehenen Einsparungen an CO₂ Emissionen bis zur Mitte des Jahrhunderts durch Erneuerbare Energien gesichert werden soll und was die Folgen einer solchen Energie- und Klimapolitik sind.

Es wäre interessant zu erfahren, welche Prognosen hierzu unsere derzeit besonders aktiven Katastrophen-Propheten des IPCC und die vieler Umweltverbände für das Jahr 2050 und nachfolgend vorsehen. Konnte der Planet tatsächlich gerettet werden mit den CO₂-Einsparungen, und gibt es eine ausreichende und gesicherte Energieversorgung, die eine absolute Voraussetzung für ein funktionierendes und sich weiterentwickelndes modernes Gesellschaftssystem darstellt, oder haben sich die Industriestaaten bis dahin verabschiedet und selber zerstört (nach Habeck: der Kampf der Ökonomie gegen die Natur)?

Nach der Talkshow von *Anne Will* am 17. November 2019 habe ich mich kurzfristig entschieden, diesen Artikel zu erstellen, der in wesentlichen Teilen eine Übersetzung einiger Ausführungen auf meiner [Homepage](#) ist. In der Talkshow wurde nämlich wieder einmal das Thema *Erneuerbare Energien* wie in hunderten ähnlicher Runden andiskutiert, und alle anwesenden Politiker (Markus Söder, Annelene Baerbock und Christian Lindner) betonten einhellig die Notwendigkeit eines beschleunigten Ausstiegs aus den fossilen Brennstoffen. Aber leider ging keiner der Anwesenden, auch nicht die so-genannte Energie-, Verkehrs- und Umweltexpertin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung auf die Frage ein, woher die ausreichende Energie kommen soll, wenn alle konventionellen Kraftwerke abgeschaltet werden. Den bei weitem größten Sachverstand konnte man immerhin Christian Lindner zubilligen, der sich auch mit Geisterstrom (Flutterstrom) und Dunkelflauten auskannte.

Und dann mussten wir am 27. November, nachdem die neue EU Kommission mit 26 Kommissaren endlich vom EU Parlament abgesegnet worden war, den Medien entnehmen, dass die neue EU Präsidentin Frau von der Leyen als zukünftige Schwerpunkte den Klimaschutz, den Umweltschutz und die Energiepolitik auf die Agenda gesetzt hat. Nach ihren Vorstellungen werde die neue EU-Kommission in den kommenden zehn Jahren eine Billion Euro für den Klimaschutz in Europa aktivieren (für die nächsten 30 Jahre dann wahrscheinlich 3 Bill €), und damit soll Europa ein weltweites Vorbild werden. Sie werde dazu einen Investitionsplan vorschlagen und Teile der Europäischen Investitionsbank in eine Klimaschutz-

bank umwandeln.

Frau von der Leyen will Europa binnen gut 30 Jahren klimaneutral machen und dies rechtlich festschreiben. "Wir können und müssen es schaffen, dass Europa bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent wird". Dies führte sie bereits am 9. November in Berlin aus und kündigte an, das erste europäische Klimaschutzgesetz vorzulegen, das "dieses politische Ziel in verbindliches Recht übersetzt".

Und einen Tag später hat dann das EU Parlament tatsächlich mit 65% der Stimmen beschlossen, den Europäischen Klimanotstand auszurufen. Als nächstes folgt dann wohl noch ein Notstands-Gesetz!

Wissen diese Politiker eigentlich, was Klima ist und wovon es abhängt?

Ein wenig mehr Sachverstand bei Beschlüssen mit so weitreichenden Konsequenzen könnte man von unseren Führungskräften schon erwarten. Weiß ein einziger der Notstands-Erklärer, was vor allem unser Klima bestimmt und wie jemals eine Klimaneutralität in Europa umsetzbar sein soll?

Wie für Deutschland die Klimaneutralität aussehen wird, die sich die Bundesregierung schon vor Jahren auf die Fahnen geschrieben hat, und mit welchen Konsequenzen sie ausgehen wird, ist diesem Artikel zu entnehmen. Für Europa würde das nicht sehr viel anders sein.

Der schrittweise Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen

In 2018 veröffentlichte das Intergovernmental Panel on Climate Change ([IPCC](#) - Welt-Klimarat) einen "[Sonderbericht](#) zu den möglichen Auswirkungen einer globalen Erwärmung von 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau sowie zu hiermit verbundenen Emissionsverläufen von Treibhausgasen". Dieser Bericht ist eine Fortsetzung früherer Sachstandsberichte, der 'Assessment Reports', der neben vielen alarmistischen Übertreibungen auch Modifikationen der so-geannten Repräsentativen Konzentrationsverläufe (Representative Concentration Pathways - RCPs) enthält, die vorgeben sollen, wie mit einer reduzierten Emissionen von CO₂ eine globale Erwärmung von nicht mehr als 1,5°C über das 21ste Jahrhundert erreicht werden könne. Ein maximaler Temperaturanstieg von 2°C, besser nur 1,5°C, war von den Mitgliedern der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC - UN-Klimarahm-enkonvention) auf der 21sten Conference of Parties (COP 21) beschlossen worden.

Dieser Beschluss ist bekannt als das [Paris-Abkommen](#) vom Dezember 2015 und wird verstanden als Nachfolge-Vereinbarung des [Kyoto-Protokolls](#) von 1997.

Die zugrunde gelegten Emissionsverläufe im IPCC-Sonderbericht, die von den meisten Mitgliedstaaten der UNFCCC (mit Einschränkungen von den USA) akzeptiert wurden, sind Simulationen mit einfachen Klimamodellen, die auf unrealistischen und spekulativen Annahmen, einerseits zur Berechnung der CO₂-Klimasensitivität (Temperaturanstieg bei Verdoppelung von CO₂ in der Atmosphäre) und andererseits zum Kohlenstoff-Kreislauf basieren (siehe hierzu auch [Harde 2017a](#), [Harde 2017b](#) und [Harde 2019](#)).

Diese Modelle prognostizieren einen deutlich zu hohen kumulativen CO₂-Anstieg über das 21. Jahrhun-

dert bzw. eine deutlich zu kleine erlaubte Emissionsrate, die ausschließlich auf anthropogene Emissionen zurückgeführt wird, und sie zeigen ebenso einen deutlich größeren Temperaturanstieg, als er real beobachtet wird. Insbesondere werden sowohl für die CO₂-Konzentration wie für die Temperatur natürliche Einflüsse vollständig ausgeschlossen.

Im weiteren soll aber unabhängig von der Frage, wie stark menschlich verursachte Emissionen von CO₂ und anderen Treibhausgasen wirklich auf das Klima einwirken oder gar unseren Planeten zerstören könnten - wie von einigen 'Experten' immer wieder behauptet -, insbesondere ein Blick auf die Energiepolitik einiger Industriestaaten geworfen werden, die das Pariser Abkommen ratifiziert und bereits damit begonnen haben, konventionelle Kraftwerke abzuschalten, ohne sich aber um einen verlässlichen und bezahlbaren Ersatz für eine zukünftige, gesicherte Energieversorgung zu kümmern und ohne die Konsequenzen einer solchen Energiepolitik zu Ende zu denken.

Als Beispiel einer solchen unverantwortlichen und fehlgeleiteten Politik betrachte ich hier die Bundesrepublik Deutschland; mit kleineren Abwandlungen gelten aber die folgenden Betrachtungen auch für andere Industriestaaten wie Frankreich, Großbritannien, Australien und sogar für die USA, wenn diese Länder dem Beispiel der deutschen Politik folgen sollten.

Kyoto-Protokoll: Nur zur Klarstellung sei hier nochmals kurz an die Vereinbarungen der UNFCCC-Mitgliedstaaten von 1997 erinnert, bekannt als Kyoto-Protokoll: Auch wenn erst nach einem langwierigen Ratifizierungsprozess dieses Abkommen erst 2005 in Kraft trat, kündigten schon sehr bald weltweit viele Politiker an, von fossilen Energiequellen Abstand nehmen zu wollen und ihre Nutzung einzuschränken, um eine globale Erwärmung durch anthropogene Treibhausgase zu begrenzen, die nach der Auffassung einiger Klimaexperten allein für einen Klimawandel verantwortlich gemacht werden.

Entsprechend dem Kyoto-Protokoll verpflichteten sich alle Mitgliedsstaaten

- die Emissionen von CO₂ bis zum Jahr 2012 mindestens um 5% gegenüber dem Niveau von 1990 zu reduzieren,
- und für die Periode 2012 – 2020 sollen bis 2020 durch die Staaten der Europäischen Union Emissionen von 20% eingespart werden.

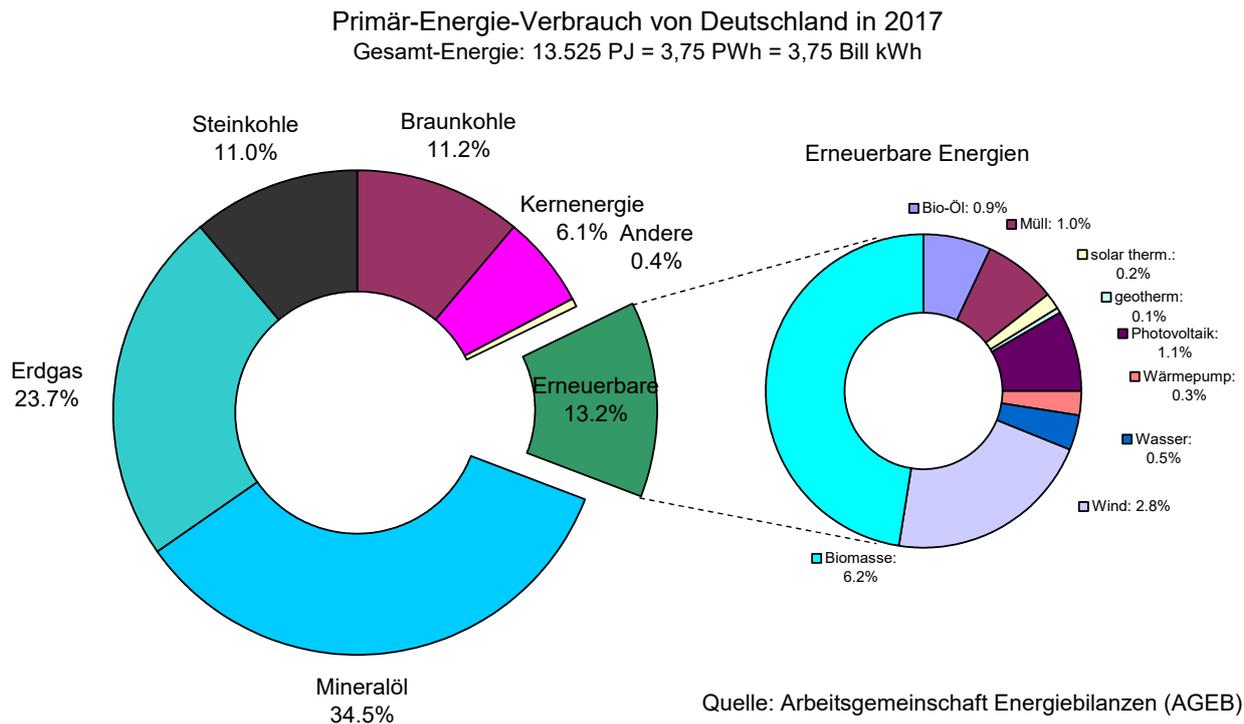
Die Deutsche Regierung erklärte darüber hinaus als Selbstverpflichtung,

- Einsparungen bis 2012 von 20% und bis 2020 sogar von 40% vornehmen zu wollen.
- Entsprechend einer nationalen Vereinbarung (Nationales Klimaschutz-Abkommen) will Deutschland bis Mitte des 21. Jahrhunderts sämtliche fossilen Brennstoff-Emissionen einstellen.

Wenn die Emissionen von einem der Industriestaaten oder der EU über den vorgesehenen Einsparungen liegen, kann dieses Land CO₂-Zertifikate von einem anderen beteiligten Land erwerben, das in der Lage ist, das Einsparungskontingent zu überbieten. Auf diese Weise soll Klimaschutz auf einer markt-orientierten Basis und besonders ökonomisch umgesetzt werden.

Energie-Verbrauch in Deutschland

Sehen wir uns die Energiebilanz und die Anstrengungen Deutschlands an, um bis 2050 'klimaneutral' zu werden. Über die zurückliegenden Jahre war der Primär-Energie-Verbrauch (PEV) Deutschlands relativ konstant. In 2017 waren dies 13.525 PJ = 3,75 PWh (Peta Watt*Stunden) = 3,75 Bill kWh ([Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#)). Aufgrund von Übertragungsprozessen und einem begrenzten Wirkungsgrad bei der Konversion von Energie einer Form in eine andere betragen die typischen Verluste von PEV zum End-Energie-Verbrauch (EEV) 35%. Hier und im Weiteren wurden die Zahlen von 2017 herangezogen, da diese mittlerweile als endgültig eingestuft sind.

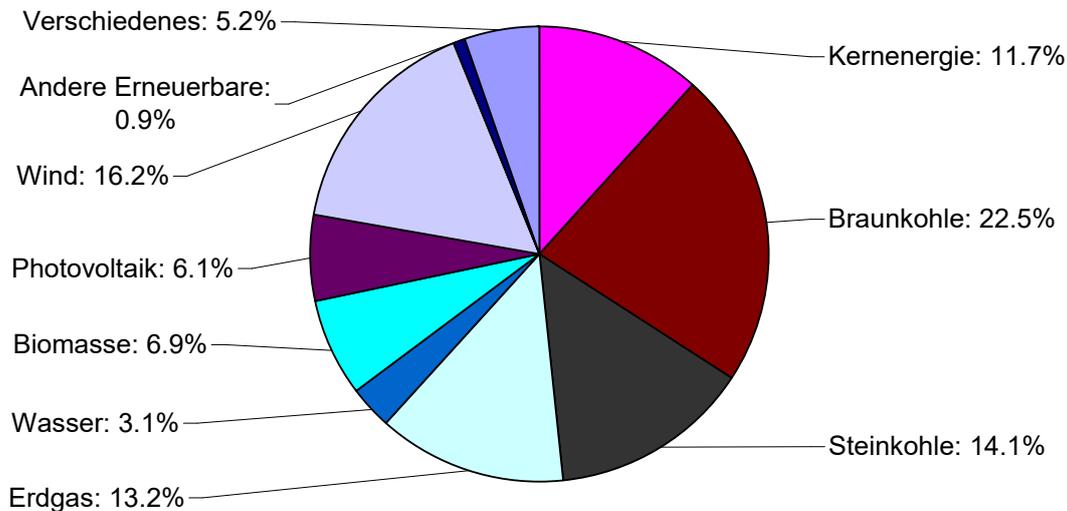


Bis jetzt wird die bei weitem größte Energieversorgung sichergestellt durch fossile Brennstoffe wie Mineralöl, Erdgas und Kohle, während die so-genannten Erneuerbaren Energien lediglich 13,2% hierzu beisteuern. Von diesen trägt die Biomasse mit 6,2% noch den größten Anteil bei, aber Experten nehmen an, dass ein weiterer Ausbau deutlich limitiert ist. Das gleich gilt für die Wasserkraft. Somit stellt sich die grundlegende Frage, wie weit Windkraft und Photovoltaik - in 2017 zusammen nicht mehr als 3,9% - wirklich in der Lage sind, die fossilen Brennstoffe und auch die Kernenergie als verlässliche Quellen zu ersetzen.

Für die Erzeugung elektrischer Energie, die 17% der Primärenergie darstellt, ist der Anteil der Erneuerbaren immerhin 33,2%. Aber selbst bei einem Anstieg der durch Wind-Kraft-Anlagen (WKAs) erzeugten Leistung von aktuell 60 GW auf 100 GW (Nennleistung) bis 2030, wie dies von der Deutschen Netz-Agentur (und nicht von der dafür zuständigen Bundesregierung) geplant ist, und unter der Annahme des gleichen Verbrauchs wie zur Zeit, kann regenerative Energie lediglich nur ca. 50% der benötigten elektrischen Versorgung abdecken. Das sind immer noch weniger als 16% der Primärenergie.

Elektrischer Energieverbrauch - Deutschland 2017

Gesamt: 654,8 TWh = 654,8 Mrd kWh



Dabei ist realistischerweise davon auszugehen, dass mit reduzierter fossiler und nuklearer Energie der Bedarf an elektrischer Energie erheblich weiter ansteigen wird, und es bleibt nach wie vor die Gretchen-Frage, wie die fehlende Energie durch Erneuerbare erzeugt und dies auch finanziert werden kann.

Erhöhte Installationen und ansteigende Energiekosten

Es wird jedermann klar sein, dass durch den Emissionshandel den Energieversorgern und der Industrie, sofern sie nicht schon abgewandert ist, bei erhöhten CO₂-Emissionen zusätzliche Kosten entstehen, die letztlich vom Konsumenten zu tragen sind. Zusätzliche erhebliche Kosten entstanden und entstehen dem Steuerzahler durch die Entscheidung der Bundesregierung, acht Kernkraftwerke kurzfristig und die verbliebenen Kernkraftwerke bis 2022 vom Netz zu nehmen, dies als Reaktion auf das stärkste Erdbeben in jüngerer Zeit und dem damit verbundenen Tsunami, durch den im März 2011 das Kernkraftwerk in Fukushima, Japan, zerstört worden war.

Die fehlende Energie musste durch neue Kohle- und Gas-Kraftwerke ersetzt werden, so dass die vorgesehenen Emissionseinsparungen nicht länger realisierbar waren - im Gegenteil - die Emissionen stiegen erneut an. Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie unterscheidet sich Deutschland in der Tat deutlich von Frankreich, den Vereinigten Staaten und sogar von Schweden, das seit einiger Zeit den Ausstieg vom Ausstieg praktiziert und in die Erneuerung seiner Kernkraftwerke investiert.

Gegenwärtig trägt die Kernenergie noch 6,1% zur PEV von 3,75 Bill kWh bei, und die einheimische Kohle liefert 22,1%. Aber in der aktuellen politischen Situation und unter dem Druck von Klimademonstrationen wie "Fridays for Future" hat die Bundesregierung im Mai dieses Jahres entschieden, bis 2038 auch aus der Kohle auszusteigen.

Damit konzentriert sich Deutschland vollständig auf regenerative Energien durch Windkraft und Solaran-

lagen, für eine Übergangsperiode auch auf Erdgas. Aber mit dem vorgegebenen Ziel der Null-CO₂-Emission in 2050 müssen nicht nur Kernenergie und Kohle, sondern auch die größten Energiezweige, Mineralöl mit 35% und Erdgas mit 24% ersetzt werden. Wie soll das gehen?

Erneuerbare Energie ist sehr teuer, bisher zumindest nicht verlässlich und auch nicht ausreichend verfügbar. Das gleiche gilt für das eigens hierfür anzupassende Netz.

Eine einfache Überschlagsrechnung

Biomasse und Wasser sind bereits weitgehend ausgeschöpft, auch Photovoltaik kann nicht sehr viel mehr zur Versorgung beitragen, insbesondere nicht über die Winterzeit.

Bleibt also die viel gepriesene Windkraft!

In 2017 hatte Deutschland 28.700 WKAs, die insgesamt 105 TWh = 105 Mrd kWh an elektrischer Energie erzeugt haben (2,8% der PEV). Um die fehlenden 86,5% (Mineralöl 34,5%; Erdgas 23,7%; Kohle 22,2%; Kernenergie 6,1%) - siehe obiges Diagramm - abzudecken, würde dies mit der Energiebilanz von 2017 zusätzliche 887.000 WKAs erfordern, von denen jedes Windrad 3,66 GWh über ein Jahr liefert oder im Mittel eine Leistung von 418 kW erzeugt. Dies ist nicht mehr als 20% einer Standard-Windturbinen mit einer Nennleistung von 2 MW.

Diese 20% sind nur realisierbar mit einer Prioritätseinspeisung ins elektrische Netz und mit konventionellen Kraftwerken im Stand-by-Betrieb. Mit erneuerbarer Speicher-Technologie, z.B. Windkraft in Wasserstoff- oder Methangas und anschließender Rückkonversion in Strom, wenn die WKAs nicht arbeiten, reduziert sich der Gesamtwirkungsgrad auf weniger als 10%.

Wenn Mineralöl und Erdgas für den Verkehr und zum Heizen nicht länger zur Verfügung stehen, gibt es erhebliche zusätzliche Forderungen nach elektrischer Energie und entsprechenden Speichertechnologien, die bei dem niedrigen Wirkungsgrad weitere WKAs erfordern. Dabei stellt, wie jeder weiß, die bisher nicht erprobte und nicht vorhandene Speichertechnologie das größte Problem dar.

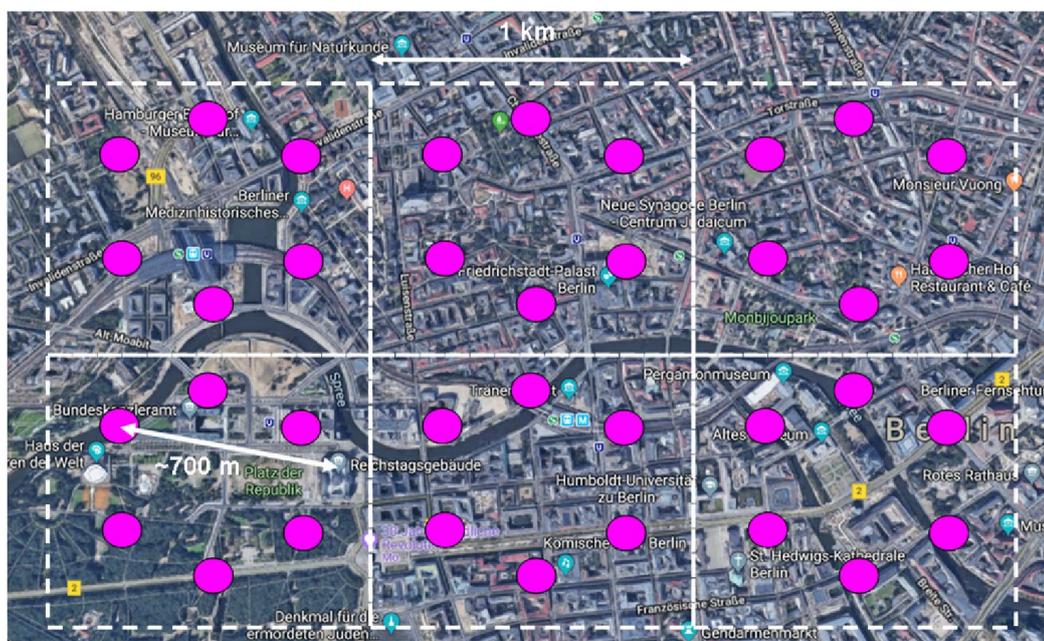
Unter der Annahme, dass bis 2050 eine geeignete Speicherung zur Verfügung steht und der End-Energie-Verbrauch über die nächsten Jahre nicht weiter ansteigt oder sogar durch einen höheren Konversions-Wirkungsgrad von PEV zu EEV reduziert werden kann, benötigt Deutschland im Jahr 2050 nach den vorstehenden Überlegungen etwa 2 Millionen WKAs für eine ausreichende Energieversorgung, im Ernstfall könnte es auch noch etwas mehr werden.

All dies bedeutet, dass über die nächsten 30 Jahre 65.000 neue WKAs pro Jahr oder 180 WKAs pro Tag erstellt und ans Netz angeschlossen werden müssten. **Aber wir schaffen das schon!**

Schließlich ist Deutschland doch bekannt für seine kurzen Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren bei Bebauungen oder Umwidmungen von Nutzflächen. Enteignungen von Grundstücken zum Wohle der Allgemeinheit lassen sich auch zügig umsetzen. Und mit Kreditaufnahmen beim chinesischen Staat sowie mit Hilfe von chinesischen Firmen beim Bau und Anschluss der Windräder schaffen wir das alles schon!

Deutschland deckt eine Gesamtfläche von 360,000 km² ab, d.h. im Mittel sind auf jedem km², ob Wald, Parks, Ackerland, Seen oder Wohngebiete und Städte, sechs Windmühlen zu installieren. Für die Anbindung ans elektrische Netz sind rund 1 Mio km Starkstromleitungen - als Erd- oder Überlandleitungen - zu verlegen, und für den Bau sowie die Versorgung und Wartung sind zu jeder WKA Zuwegungen anzulegen.

Was für ein erfolgreicher Schritt vorwärts, um den Planeten zu retten, und was für ein großartiger Schritt zurück zur Natur!



Ein Blick auf den Stadtplan von Berlin mit dem Regierungsviertel (linkes unteres Quadrat) zeigt uns, dass der Abstand vom Bundeskanzleramt bis zum Reichstag etwa 700 m beträgt. Der zukünftige Kanzler oder die zukünftige Kanzlerin wird also auf dem Weg zum Parlament drei WKAs (magenta Punkte) bei der Arbeit - soweit sie sich drehen - bewundern können. Und so geht es jedem Bundesbürger auf dem Weg zur Arbeit, im Büro, in der Freizeit oder im Schlaf. Auf jedem Quadratkilometer dieses Landes befinden sich im Mittel 6 Windräder, wenn wir uns von den Erneuerbaren künftig allein versorgen lassen wollen. Da wird die Forderung der Grünen, den bisherigen Mindestabstand von Wohngebieten zu einem Windpark (bisher 400 m) nicht auf 1 km zu erhöhen, um so die Verfügungsflächen für den Windausbau nicht weiter zu reduzieren, ohnehin hinfällig. Deutschland wird dann ein einziger Windpark sein mit den Schaufelrädern in unseren Vorgärten.

Ein solches Szenario ist die logische Konsequenz aus der derzeitigen Politik. Es gibt kaum eine Alternative hierzu, es sei denn der Energieimport von Nachbarstaaten. Ich sehe auch leider keinen einzigen Politiker, der die Klimaneutralität von Deutschland und den weiteren Ausbau von Windenergie fordert und der sich über die daraus entstehenden Folgen wirklich im Klaren ist.

Da solch ein Szenario vollständig unrealistisch ist, bleibt auch weiterhin absolut unklar, wie die Lücke zwischen benötigter und vorhandener Energie überbrückt werden kann.

Es ist allerdings absolut klar, dass ohne eine verlässliche und ausreichende Energieversorgung Deutschland und andere Länder, die den Deutschen Weg kopieren, in einer Anarchie enden:

Eine kollabierende Wirtschaft und Industrie, rasch steigende Arbeitslosigkeit, kalte Wohnungen und Arbeitsplätze, zusammengebrochenes Verkehrs- und Transportwesen, dramatische Folgen für die Landwirtschaft und das Gesundheitssystem, usw. usw.

Das Gute daran ist nur, dass uns dann als Entwicklungsland das UNFCCC wieder die günstigen und verlässlichen fossilen Brennstoffe zugesteht, so wie dem Kongo oder Uganda.

Zu erwartende Kosten der Energiewende

Schon die jetzigen Kosten für den Kauf von Emissionszertifikaten und das Ersetzen der bereits abgeschalteten Kernkraftwerke sowie die vielen lokalen Restrukturierungsmaßnahmen haben zu einem der höchsten Strompreise weltweit für die Industrie und die Bürger geführt.



Während zur Jahrtausendwende der Strompreis für private Haushalte in Deutschland noch 13,9 Cent/kWh betrug, stieg er 2018 auf 29,4 Cent/kWh ([Stromreport](#)), und in der Zwischenzeit hat er einen Allzeit-Rekord von 30,5 Cent/kWh erreicht ([Gesellschaft für Verbraucherinformationen](#)). Dies ist ein Anstieg von 120%, der primär verursacht wird durch eine Verdreifung der staatlichen Belastungen wie Steuern und die Gebühren für die erneuerbaren Energien von 5,2 auf 16,8 Cent.

So tragen mittlerweile die staatlichen Belastungen zu mehr als der Hälfte zum Strompreis bei (55%), aber offensichtlich ist dies noch nicht genug. Aktuell hat die Regierung beschlossen, eine weitere Abgabe auf CO₂ einzuführen, beginnend mit 10 €/t CO₂ in 2021 und ansteigend auf 35 €/t bis 2025. Einigen Parteien und Umweltorganisationen ist das viel zu wenig, und ein weiterer deutlicher Anstieg bis zu 180 €/t wird bereits intensiv diskutiert.

All das ist jedoch noch nicht annähernd ausreichend, um eine Energiewende der geplanten Art zu realisieren. Entsprechend einer aktuellen Studie von 2017 ([Ausfelder et al.](#)), die von verschiedenen deutschen Instituten im Auftrag der Bundesregierung durchgeführt wurde, sind bei einer Reduktion der CO₂-Emissionen um 90% bis 2050 zusätzliche Kosten von etwa 4,5 Billionen € aufzubringen, und für eine Reduzierung um 100%, wie dies nach der Deutschen Klimaschutzvereinbarung vorgesehen ist, werden voraussichtlich noch mal weitere 3 Billionen € erforderlich sein. Zusammen ist dies fast 4x so viel wie die aktuellen Staatsschulden der Bundesrepublik Deutschland (1,92 Bill €), die sich nach dem 2. Weltkrieg aufsummiert haben, und dies ist etwa das 21-fache des diesjährigen Staatshaushalts (359,9 Mrd €).

Ohne eine weitere Erhöhung der aktuellen Schulden, die schon jetzt zu einer unverantwortlichen Belastung künftiger Generationen führen (nicht immer wird es eine Null-Zinspolitik geben und nicht ewig kann ein Staat auf Pump leben, es sei denn er strebt einen Staatsbankrott und eine Währungsreform an), sind diese Extrakosten zur Umsetzung der Energiewende vom Konsumenten zu tragen.

Bei rund 40 Mio. Haushalten führt dies neben den bisher schon vorhandenen hohen Energiekosten zu einer zusätzlichen Belastung von 188.000 € pro Haushalt oder 520 € pro Monat und pro Haushalt über 30 Jahre (ohne zusätzliche Zinsen).

Um eine Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen, wie dies von "Fridays for Future" und auch von den Grünen auf ihrem Parteitag am 17. November gefordert wurde, wären sogar Belastungen eines jeden Haushalts von monatlich 1040 € zusätzlich aufzubringen (siehe auch [Vahrenholt & Tichy](#)). So sieht also real eine Entlastung von Geringverdienern und eine Umverteilung von oben nach unten aus.

Schülern, die auf die Straße gehen, weil dies 'Action' ist und ein tolles 'Event' darstellt, ohne dabei zu wissen, wofür sie wirklich demonstrieren, kann man das vielleicht nachsehen. Aber Politiker, die zweifellos leicht von Interessenverbänden, auch von wissenschaftlichen Vertretern und Organisationen einseitig oder vorsätzlich falsch beraten werden, sollten schon ihre politischen Entscheidungen zu Ende denken, sie sind schließlich für die Folgen ihrer Politik verantwortlich.

Dabei sind all diese anstehenden Ausgaben bei weitem keine Garantie für eine jemals realisierbare emissionsfreie Versorgung mit ausreichender und verlässlicher Energie, wie dies selbstverständlich für ein Industrieland erwartet werden muss.

Der Klima-Wahn

Eine Energietransformation von den fossilen Brennstoffen weg zur so-geannten Sauberen Energie basiert auf der Vorstellung, dass der Mensch mit seinen CO₂-Emissionen das Klima kontrollieren und damit auch die Welt retten kann. Dies ist eine absolute Wahnvorstellung. Seit es auf der Erde Wetter und damit auch ein Klima gibt, wird dies durch interne und externe natürliche Einflüsse bestimmt. Wir müssten

die Sonnenaktivität oder die Umlaufbahn der Erde kontrollieren, um unser Klima maßgeblich zu beeinflussen.

Bisher gibt es keinen wirklichen Beleg für die Hypothese einer ausschließlich anthropogen verursachten globalen Erwärmung. Dagegen gibt es viele Anzeichen dafür, dass sich die Biosphäre bei einer höheren CO₂-Konzentration in der Atmosphäre und bei leicht höheren Temperaturen deutlich besser entwickelt ([Wong](#); [Morison&Lawlor](#); [Zhu et al.](#)). Eine umfangreiche Zusammenstellung zur Bedeutung von Kohlenstoffdioxid für unser Leben und Überleben findet sich auf der Homepage von [CO₂ Coalition](#).

Trotzdem werden mittlerweile weite Teile unserer Bevölkerung, der Medien und besonders unserer politischen Vertreter indoktriniert von einigen Umweltorganisationen, die sich entweder aus ideologischer Überzeugung, aus politischen Interessen oder wider besseres Wissen darauf versteift haben zu verbreiten:

Der einzige Weg, die Erde zu retten ist, sämtliche CO₂-Emissionen einzustellen,

- dies basierend auf weitgehenden Spekulationen und Hypothesen,
- unabhängig von den unvorstellbaren Belastungen für den Verbraucher und die Industrie und
- unabhängig von den katastrophalen Konsequenzen für die Wirtschaft und das soziale System.

Zur gleichen Zeit ersetzen Länder wie China oder Indien unsere eingesparten CO₂-Emissionen innerhalb weniger Monate mit ihren weiter ansteigenden Raten.

Es hat sich ein regelrechter Klima-Wahn entwickelt, der von den Medien, Politikern und mittlerweile auch von unseren Bildungseinrichtungen in alle Welt verbreitet wird. Es ist der Glaube, dass wir in einer Welt leben, die bedroht wird von dem vielleicht wichtigsten und harmlosesten Molekül, das uns die Natur auf Erden geschenkt hat, dem Kohlenstoffdioxid Molekül (siehe [CO₂ Coalition](#) und [Jay Lehr](#)).

Statt dankbar zu sein für dieses Geschenk, das uns erst ein Leben dieser Form auf unserem Planeten ermöglicht, haben einige Leute entschieden das CO₂ zu dämonisieren, offensichtlich aus politischen Gründen. Nahezu die Hälfte der Menschen, die in Industrieländern leben, glauben in der Zwischenzeit an das Narrativ eines gefährdeten Planeten und fordern ein verändertes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem sowie das Abschalten der preiswerten Energie, die erst unseren heutigen Lebensstandard, nach dem sich so viele Menschen aus den Entwicklungsländern sehnen, ermöglicht hat.

Aber der behauptete starke Einfluss von CO₂ auf unser Klima mit seinen Folgen einer dramatischen Temperaturerhöhung und einem nie dagewesenen Meeresspiegelanstieg, wie dies vom IPCC regelmäßig verbreitet wird, hat bei einer wachsenden Zahl von Wissenschaftlern und Klimaexperten zu großen Zweifeln an den Darstellungen des IPCC geführt. Die meisten Wissenschaftler zweifeln nicht einen anthropogen verursachten Treibhauseffekt an, wohl aber dessen Größe und dessen dramatischen Einfluss auf unser Klima.

Es wäre eine unverantwortliche Umwelt- und Klimapolitik, weiterhin seriöse, begutachtete wissenschaftliche Publikationen zu ignorieren, die einen deutlich kleineren menschlichen Einfluss auf das Klima aufzeigen als bisher angenommen, und gleichzeitig eine gut funktionierende kon-

ventionelle Energieversorgung herunterzufahren, ohne hierfür einen adäquaten Ersatz zu haben. Unsere Wirtschaft und Lebensqualität hängen empfindlich von einer verlässlichen, ausreichenden und erschwinglichen Energieversorgung ab. Die kann nicht durch Millionen von Windrädern, die unsere Natur zerstören und Billionen von Vögeln und Insekten schreddern, ersetzt werden.

Weitere aktuelle Referenzen

[Gau im Illusionsreaktor \(4\): Energie lässt sich nicht wenden](#) von Manfred Haferburg,

[Gau im Illusionsreaktor \(5\) – Schlechter als Uruguay](#) von Manfred Haferburg,

[Woher kommt der Strom? 44. Woche – vom Schönrechnen](#) von Rüdiger Stobbe

[HGÜ A – Nord: Die Windstromverbindung von Emden bis nach Philippsburg](#) von Bernd Kehrmann,

[Furcht, Hass, Intoleranz – und Schlimmeres](#) von Paul Driessen und

[Analyse: Null Kohlenstoff bis 2050 ist unmöglich](#), Heartland Institut,